

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Gesamt läuft mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbüros monatlich 4.50 M., durch unsere Buchläden jederzeit in der Sicht monatlich 5 M., auf dem Lande 5.25 M., durch die Post monatlich 5.75 M. mit Zustellungszürche. Alle Postanstalten und Poststellen sowie unsere Buchläden und Geschäftshäuser nehmen lebhaft Bezahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Verleger keinen Anrecht auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Abonnementpreis 1 M. für die 6 geschlossene Monatezelle oder deren Raum, Räume, die 2-spaltige Korpuszelle 2.50 M. Bei Wiederholung und Fortsetzung entsprechender Preisnachlass. Abnahmestrukturen im einzelnen Teil nur von Bedeutung; die 2 geschlossene Monatezelle 3 M. Nachwaltungszuschlag 50 Pfg. Anmeldeanträge bis vermöglichst spät. Für die Rückgabe der durch Ferner kommunizierten Zeitschriften ist keine Garantie. Jeder Abonnement erhält eine Karte, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden soll oder der Nutzungsgeber in Nordrhein geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Bischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inserententeil: Arthur Bischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 176.

Sonnabend den 30. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Ruhrholzversteigerung

Tharandter Staatsforstrevier

im Gauhaus zum Amtshof in Tharandt. Mittwoch den 10. August 1921 vorm

1/2 10 Uhr: 1189 m. Stämme 10/30 u. m. cm, 2 h. Stämme 21/23 cm. 89 m. Röhr.

8/30 u. m. cm u. 19 h. Röhr 16/30 u. m. cm; Röhrlöge in Abt. 3 und Einzelhölzer in Abt. 1, 2, 4, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 18, 29 bis 26, 29, 31, 33, 34, 35 u. 37.

Forstrevierverwaltung und Forstrentamt Tharandt.

Aleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat weitere Kreditvereinbarungen mit Großbritannien für einen Auslandsaufwand in Holland mit 2 Millionen Gulden und in Dänemark mit 20 Millionen Kronen abgeschlossen.

* Die Staatsregierung für Groß-Thüringen erklärte infolge Ablehnung des Grundsteuergesetzes ihren Rücktritt.

* Der amerikanische Botschafter Harvey soll erschlagen werden, wenn seine Regierung die Zustimmung für die Abgabe eines Scheidewurfs in der oberlausitzischen Frage einzuholen.

* Im englischen Oberhaus teilte ein Regierungsvorsteher mit, die Regierung beabsichtige, eine Volksabstimmung in England vorzunehmen zu lassen, falls keine andere Regelung möglich erscheine.

* Der Zehntbetrag im Haushaltstaat für das Rechnungsjahr 1920/21 beträgt 10 Milliarden 300 Millionen Mark.

* Die amtliche polnische Presseagentur meldet, die Gerüchte über russische Kriegsrüstungen gegen Polen und Rumänien entbehren jeder Grundlage.

* Zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien wurde Dr. Arturo Bernades, zum Vizepräsidenten Dr. Urbano Santos gewählt.

* Der Beginn der Währungskonferenz in Washington soll auf den 1. November d. J. festgesetzt werden sein.

anderen Völkern für die Russen gebracht würden, nicht dem nosleidenden Volke selbst, sondern den Sowjetgewaltigen, den Feindern dieses armen Volkes, zugute kommen würden. Von anderer Seite wird in ähnlicher Weise der Gedanke vertreten, daß es geradezu ein politischer Fehler wäre, der Sowjetregierung, die in dieser Hungersnot zum ersten Male einen Heimathilfe finde, dem sie nicht aus eigener Kraft gewachsen sei, durch eine Hilfsaktion wieder auf die Beine zu helfen. Zur Unterstützung dieses Standpunktes wird erklärt, daß es überdies eine Unmöglichkeit wäre, eine solche Hilfsaktion durchzuführen, da die Unsicherheit des Verkehrsweihers in Russland gar nicht gestatte, die nötigen Nahrungsmittel an die Stellen zu bringen, wo sie wirklich gebraucht werden. Besonders die Polgadeutschen würden unter diesen Umständen vielleicht nie etwas davon erfahren, daß ihre deutschen Brüder gesammelt und gespart haben.

Vom entgegengesetzten Standpunkte aus, also von denjenigen Kreisen, die der Sowjetregierung freundlich gegenüberstehen, wird das Problem der Hilfsaktion ebenfalls mehr unter politischem als unter rein menschlichen Gesichtswinkel betrachtet. So wollte die kommunistische Partei Deutschlands eine Sonderaktion der deutschen Arbeiterschaft für die nosleidenden Russen einleiten, und sie begründete das damit, daß mit dieser Hilfsaktion zugleich eine Abwehr gegen etwaige reaktionäre Umschwungversuche in Russland verbunden sein müsse. Dieser Plan ist am Widerspruch der anderen sozialistischen Parteien gescheitert, die nur an der allgemeinen staatlich geleiteten Hilfsunternehmung teilnehmen wollen. Ob der Vorschlag, daß jeder Arbeiter einen Tageslohn im Monat oder auch einen Stundenlohn in der Woche für die Russen abstecken sollte, zu einem Ziele führt, muß abgewartet werden. So schwankt der große Gedanke der Hilfe für die unter Krankheit und Hunger leidenden Russen — von der Partei Kunst und Kult verwirrt — durch die politischen Diskussionen unserer Tage. Die Aufgabe der europäischen Regierungen wird es sein, sich von diesen teilweise extremen Größenunterschieden zu lösen und nach Möglichkeit den Gedanken der Menschlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Daß dabei aber auch darauf Bedacht genommen werden muß, gewisse Garantien dafür zu erhalten, daß die Hilfe wirklich ihren Zweck erfüllt und nicht von der Sowjetregierung auf andere unerwünschte Zwecke abgelenkt wird, ist selbstverständlich, denn das liegt sowohl im Interesse der Nosleidenden, wie auch im Sinne der Selbstverhütung der hilfesuchenden Völker.

Doch die Not in Russland außerordentlich groß ist, kann nach den vorliegenden Meldungen seinem Zweifel unterliegen. Nach monatelanger Dürre sind vom Südwesen bis in den Nordosten Russlands neuerdings starke Regenmengen niedergegangen, aber sie haben der Ernte nur noch mehr geschädigt als geholfen, denn sie kamen zu spät, und das bereitete Getreide beginnt nun auf den Feldern zu keimen. Noch sind große Hungersnöte auch in der Geschichte der jüngsten Zeit keine Seltenheit. Besonders aus dem so überaus volstreichen China kommen fast alle paar Jahre Meldungen über Menschen, denen viele tausende von Menschen zum Opfer fallen. Während aber dort infolge der weiten Entfernung und der vormittiven Verkehrsverhältnisse europäische Hilfsaktionen kaum einen Sinn haben, liegt uns das europäische Russland als nächster Nachbar doch so unmittelbar vor den Toren, daß das ganze übrige Europa zum mindesten den Versuch macht, Hilfe zu bringen.

Während im Anfang dieser Hilfsbewegung nur die Vertreter des geistigen Lebens als berufene Hüter der Humanität das Wort zum Aufruf an die Völker ergriffen, treten jetzt die Politiker häufiger in den Vordergrund, und es zeigt sich logisch, daß sowohl die Frage, ob überhaupt Hilfe geleistet werden kann und soll, als auch die verschiedenen Wege, auf denen das geschehen könnte, sehr starken Meinungsverschiedenheiten unterliegen. Daran ist in erster Linie der Unterschied sichtbar, daß Russland eine in der Welt vorläufig noch vereinzelt dastehende Regierungsförm ist, die dieses Niemandsland in einen schwer zu überwindenden Gegensatz zu allen anderen Staaten bringt, besonders weil der in Russland herrschende Bolschewismus in seinem Ausdehnungsdrange eine ständige Gefahr für alle anderen Staatenwesen bildet. So tanzt logisch der Gedanke auf, daß man jede Hilfe für Russland von gewissen Bedingungen abhängig machen müsse, welche die von der Sowjetpropaganda ausgehende Bedrohung der politischen Ruhe der Welt eindämmen könnten. Ein solcher politischen Krieg wird jetzt auch der Aufruf Maxim Gorillas unterworfen, indem die Klage eines seiner russischen Volksgenossen ans Licht gezogen wird, nachdem der Gorill nicht als der einwandfreie Vertreter humaner Ideale erscheint, sondern als ein Politiker, der sehr wohl wissen möchte, daß alle Opfer, die möglicherweise von den

tenden seiner Herren nicht nach dem Ausland zu gehen, die irändischen Angelegenheiten zwangen ihn, in England zu bleiben. Aber selbst das steht noch nicht fest! Infolge der neuen Einwände Frankreichs, die in London allgemeine Entzündung verursacht haben, wird Lloyd George möglicherweise der Tagung des Obersten Rates doch noch bewohnen. Er werde sich wahrscheinlich erst im letzten Augenblick endgültig entscheiden.

Der Bericht der Kommission.

Die französische Regierung hat einen Auszug aus der gemeinsamen Note der drei alliierten Kommissionen von Oppeln veröffentlicht. In diesem französischen Auszug wird gesagt, daß die Erregung so lange fortdueren werde, wie der Zustand der Unsicherheit, in dem sich das Land befindet. Ja, man müsse mit einer Verschärfung rechnen. Die Entwicklung durch die alliierten Behörden habe weder nach der einen noch nach der andern Seite durchgeführt werden können. Jede Partei befürchtete Angriffe der anderen. Die Kommissionen kommen zu folgenden Schlüssen:

1. Die Lage in Oberschlesien sei ernst und verdiente die sofortige Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen.
2. Die Lage werde so lange unsicher bleiben, als nicht eine gerechte, von beiden Parteien verlangte Entscheidung getroffen sei.
3. Die der Kommission zur Verfügung gestellten Streitkräfte seien ungenügend, nicht nur, um eine neue Erhebung zu verhindern, sondern auch, um in dieser Weise die Ordnung im Abstimmungsgebiet aufrecht zu erhalten. Die drei Oberkommissionen fügen hinzu, wenn die Mächte ihre Entscheidung ausschöpfen, würde die Entsendung von Truppen noch nötiger und dringender werden.

Diesem Auszug aus dem Bericht sieht man auf den ersten Blick an, daß er aus französischer Quelle stammt, denn er entnimmt dem Bericht offensichtlich nur alle diesbezüglichen Stellen, die den französischen Wünschen entsprechen. Britische Beobachter berichten ganz andere Dinge. So wird z. B. von Engländern gemeldet, Ihre Legitimationen seien durch einen politischen Polizisten genau geprüft worden, während sechs Lastautomobile, beladen mit Munition für die Aufständischen, ungehindert passierten. Der Ausschuss der Sachverständigen, der jetzt in Paris seine Beratungen aufnimmt, muß diese vor dem 4. August beenden. Aber es erscheint zweifelhaft, ob dies möglich sein wird, da das Material äußerst umfangreich ist. Nicht weniger als fünf verschiedene Vorschläge zur Regelung der Grenzen sind der Kommission zur Prüfung unterbreitet worden.

Amerikanische Vermittlung?

Um einen Ausweg zu finden, soll jetzt eine sehr hohe Persönlichkeit Frankreichs den amerikanischen Botschafter in Paris, Herrn, gefragt haben, ob eine Möglichkeit für eine Vermittlung der Vereinigten Staaten besteht. Nach einer Beratung der amerikanischen Vertreter in London, Paris und Berlin sei ein Telegramm an den Präsidenten Harding gesandt worden, in dem gefragt wurde, ob Harvey, der amerikanische Botschafter in London, an der Tagung des Obersten Rates teilnehmen dürfe, und zwar nicht nur als Beobachter, sondern als Delegierter. Ob es sich bei dieser Meldung um einen ernsthaften diplomatischen Schritt handelt oder nur um ein kleines Verhandlungspulpa für die erregten Gemüter, müssen die nächsten Tage lehren.

In Berlin sieht man der Entwicklung der Dinge ruhig und beobachtend gegenüber. Selbstverständlich stehen unsere Botschafter in London, Paris und Rom mit den dortigen Regierungen in ständiger Fühlung, vermeiden aber alles, was zur weiteren Verschärfung der Gegenseite beitragen könnte, da ein ernster englisch-französischer Konflikt keineswegs im deutschen Interesse liegt, denn ein geechter Beschluß kann nur in einer Atmosphäre der ruhigen Überlegung gefasst werden. Alle Meldungen von neuen Noten, die zwischen Berlin und der Entente gewechselt worden seien, sind unrichtig. Es handelt sich in allen Fällen nur um mündliche Besprechungen.

Polnische Truppenansammlungen.

"Vorsichtsmäßige" Gemeindewachen.

Im Kreise Rosenberg werden seit einigen Tagen jenseits der Grenze einwandsfrei ziemlich starke polnische Truppenansammlungen beobachtet. Die Lage im Kreise Blech ist außerordentlich unsicher und bedrohlich. Die neuen Gemeindewachen sind fast überall eingerichtet, und zwar durch einen französischen Kapitän. Ehemalige Juristen gehören in fast allen Orten den Gemeindewachen an. In Denontowic ist der Führer der Gemeindewache ein Pole, der als Kommandeurführer an der Insurgentsfront gestanden hat. Als der französische Kapitän daran aufmerksam gemacht wurde, daß die Vor-

Im Irrgarten von Paris.

Oberster Rat und Truppenentsendung.

Wer sich in diesen entscheidungsschweren Tagen durch die Flut von Nachrichten durchgearbeitet hat, die fast ständig aus Paris und London über die diplomatischen Verhandlungen wegen der Zusammenkunft des Obersten Rates zur Beschlussfassung über das Schicksal Oberschlesiens eintreffen, der muß noch allem heißen bemühen, einen klaren Überblick über die wirkliche Lage zu gewinnen, wohl bald eingestehen, daß er, wie weilen der Doctor Faust, so flug ist als nie zuvor.

Wenn bisher als vorläufiges Ergebnis der Unterhandlungen angenommen werden konnte, daß der Oberste Rat am 4. August zusammen zu und bis dahin keine neuen Truppen nach Oberschlesien geschickt werden sollten, um dem Obersten Rat auch über diese Frage die Entscheidung vorzuhalten, so erschien man jetzt, daß die Verhandlungen noch keineswegs als endgültig angelebt werden können. Vielmehr hat der französische Botschafter in London bei Lord Curzon einen neuen Schritt unternommen. Er erklärte, daß die französische Regierung den Zusammentriffen des Obersten Rates für unmöglich halte, solange die Verstärkungen nicht abgegangen seien. Diese Erklärung würde die gesamten Einigungsverhandlungen natürlich wieder auf ihren Anfangspunkt zurückwerfen, wenn man sie ganz ernst nehmen und in ihr nicht viel mehr nur einen Versuch erblicken wollte, wenigstens nach anken hin (und besonders gegenüber der französischen Öffentlichkeit) den Schein zu wahren, als ob Frankreich unerschütterlich auf dem einmal für richtig erkannten Standpunkte verharre. Dieses ganze Durcheinander beweist, daß

von einer Klärung der Situation nicht die Rede sein kann. Ein ganz neuer Gedanke, der die Bewirrung höchstens noch größer macht, liegt wieder in der Meldung, daß Ministerpräsident Briand noch vor dem 4. August eine Zusammenkunft mit Lloyd George haben werde. Vielleicht soll das ein Pfosten auf die Wunde sein, die den Franzosen durch die Mitteilung geschlagen wurde, daß Lloyd George selbst nicht zur großen Konferenz kommt. Zur Beruhigung darüber lädt jetzt Lloyd George erstmals, er habe endgültig beschlossen, wäh-

